

## STREIFZÜGE

## PFORZHEIM-BÜCHENBRONN

Rektorin gesund,  
Lehrer krank

Als die 54 Jahre alte Rektorin der Waldschule in Büchenbronn bei Pforzheim, Cornelia Frech-Becker, am Montag nach längerer Krankheit an ihren Arbeitsplatz zurückkehrte, blieben 13 von 18 Lehrkräften der Grund- und Hauptschule dem Unterricht wegen nicht näher spezifizierter Beschwerden fern. Mangels Lehrpersonal musste die seit Jahren umstrittene Rektorin und Verfechterin einer Pädagogik der „lieblichen Strenge“ auch ihre Schüler nach Hause schicken. Die Schule war nicht mehr arbeitsfähig.

Am Dienstag untersagte das Regierungspräsidium Karlsruhe Frau Frech-Becker auf der Grundlage des Landesbeamtengesetzes (Paragraf 78), ihren Dienstgeschäften weiterhin nachzugehen. An der Schule sei eine Situation eingetreten, die keinen ordentlichen Schulbetrieb mehr erlaube, hieß es zur Begründung. Kultusminister Rau (CDU) sagte, einen solchen Fall habe er weder in seiner Dienstzeit noch in der eigenen Schulzeit erlebt. Womit aber hat sich die Lehrerin, Ehefrau des früheren Pforzheimer Oberbürgermeisters Joachim Becker (SPD), unter Lehrern, Eltern und Schülern so unbeliebt gemacht? Ganz einfach: mit ihrer offenbar zuweilen brutal praktizierten Pädagogik des Forderns. Vor etwa zehn Jahren schrieb sie das Buch „Fördern heißt Fordern“, formulierte eine Anti-Achtundsechziger-Pädagogik und versuchte dann, diese an ihrer Schule anzuwenden. Das ging schief: Frau Frech-Becker soll Schüler schon mal als „Gammler“ und Schülerinnen als „Schlampen“ bezeichnet haben, einen Jungen soll sie geschlagen haben. Am Montag sagten Schüler in Fernsehinterviews, die Rektorin habe aus ihrer Schule eine „Elite-Anstalt“ machen wollen.

Im vergangenen Herbst eskalierte die Situation derart, dass das Kultusministerium Frau Frech-Becker an eine Außenstelle des Landeslehrerprüfungsamtes abordnete. Nur weil die Rektorin sich mit einem Eilantrag gegen diese Versetzung beim Verwaltungsgericht Karlsruhe erfolgreich wehrte, konnte sie an ihren alten Arbeitsplatz zurückkehren. Das Kultusministerium hat dagegen beim Verwaltungsgerichtshof Mannheim Beschwerde eingelegt. Die Entscheidung steht noch aus.

RÜDIGER SOLDT

## HEUTE

## Nur Routine?

Das Bundesverfassungsgericht hat sich mit dem Awacs-Einsatz der Bundeswehr während des Irak-Krieges befasst. Die FDP will Klarheit: Muss der Bundestag in solchen Fällen zustimmen? **Politik, Seite 4**

## Unerwarteter Terrorprozess

Die Militärtribunale gegen Khalid Scheich Mohammed und andere Hauptverdächtige der Anschläge vom 11. September trifft die Verteidigung der sechs angeklagten Terroristen unvorbereitet. **Politik, Seite 6**

## Afrika-Aktion

Außenminister Fischer schloss Goethe-Institute. Sein Nachfolger Steinmeier verstärkt wieder den Kulturaustausch. In Westafrika stieß er dafür auf begeisterte Zustimmung. **Politik, Seite 6**

## Einigung im Gastreit

Russland und die Ukraine haben ihren Streit über Gaslieferungen beigelegt. Kiew will seine Schulden bei Gasprom rasch begleichen. Das versprach Präsident Juschtschenko in Moskau. **Politik, Seite 7**

## „Perfektion ist nicht schön“

Shah Rukh Khan, der bekannteste indische Schauspieler, will gar kein Schauspieler sein. Im Gespräch erklärt er, wie ernst er seinen Beruf und seine Zuschauer nimmt. **Deutschland und die Welt, Seite 9**

## Wahlempfehlung

In Spanien haben sich Bischöfe und Imame eingemischt. Die Katholiken sollen Zapatero nicht wählen, die Muslime nicht die Opposition. Auch über Kontakte mit der Eta wird gestritten. **Zeitgeschehen, Seite 10**

## Für und Wider

Nach einer Unabhängigkeit des Kosovo befürchten manche, auf absehbare Zeit werde ein Großalbanien entstehen. Doch Tirana hat in dieser Hinsicht immer mäßigend gewirkt. **Zeitgeschehen, Seite 10**

## Die Debatte über Integration nach dem Besuch Ministerpräsident Erdogans in Deutschland

Im Gespräch Integrationsminister Armin Laschet (CDU)

## „Kein Assimilationsdruck“

Armin Laschet (CDU), Integrationsminister in Nordrhein-Westfalen, handelte sich mit seiner Kritik am Wahlkampf der hessischen CDU innerparteilichen Ärger ein. Er führte Sprachtests für Vierjährige und (kurze) Pflichtkurse für Vorschulkinder ein.

Herr Minister, was verstehen Sie unter Integration?

Integration bedeutet, dass jeder, der in diesem Land lebt, ob er hier geboren oder zugezogen ist, sich als Teil dieses Landes fühlt, dass er die gleichen Chancen auf Teilhabe hat und Karriere machen kann.

Verlangt Integration dem Einwanderer irgendeine Form der Anstrengung ab?

Ja, selbstverständlich. Er muss unsere Sprache lernen, seinen Kindern Bildungschancen geben und die Angebote, die da sind, auch annehmen: zum Beispiel Deutschkurse schon für Kindergartenkinder und für Mütter. Es gab sicher jahrelang nicht genug Möglichkeiten in dieser Richtung, heute aber gibt es eine breite Palette von Kursen. Ein Einwanderer muss in unserem Land auch ankommen wollen und sich nicht dauerhaft darauf einrichten, quasi auf fremdem Territorium zu leben.

Gehört zu gelungener Integration auch die Eingliederung ins Arbeitsleben?

Ja, aber das ist oft nicht eine Frage des Willens, sondern der Chancen. 40 Prozent der Jugendlichen, die die Hauptschule ohne Abschluss verlassen, kommen aus Einwandererfamilien. Die haben keine Chance auf eine Lehrstelle. Daraus entstehen Perspektivlosigkeit und Jugendkriminalität. Hier ist Integrationspolitik gefordert.

Was versteht ein Integrationsminister unter Assimilation?

Erzwungene Assimilation wäre die Aufgabe der eigenen Kultur, der eigenen Religion, das völlige Aufgehen in der Mehrheitsgesellschaft. Das ist nicht Ziel unserer Integrationspolitik, das verlangt niemand. In Deutschland gibt es vielleicht Integrationsprobleme, aber jedenfalls keinen Assimilationsdruck. Jeder kann hier seine Religion und Kultur pflegen, aber es gelten unsere Gesetze. In deren Rahmen kann jeder nach seiner Façon selig werden. Wenn Herr Erdogan Assimilation ein „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ nennt, sollte er sich im eigenen Land umschauen. Das, was die türkische Politik Kurden, Christen und Aleviten abverlangt, ist Assimilation, aber nicht, was in Deutschland geschieht.

Warum äußern insbesondere Türken immer wieder Angst vor Assimilation? Andere Einwanderergruppen äußern diese Sorge nicht.

## AKP wäre stärkste Partei unter den Türken in Deutschland

Die 16 000 Türken und türkischstämmigen Deutschen, die am Sonntag dem türkischen Ministerpräsidenten Erdogan zujubelten, spiegeln nicht die politische Meinung aller 2,6 Millionen türkischen Einwanderer wider. Gleichwohl erfreut sich die religiös-konservative AKP Erdogans hier wie in der Türkei großer Sympathie. Das zeigt eine Umfrage, die das Zentrum für Türkeistudien im Dezember 2006 im Hinblick auf die damals erwarteten Neuwahlen in Auftrag gegeben hat. Unter 1000 Türken, die im Durchschnitt

Die Türkei ist ein selbstbewusstes bis nationalistisches Land. Auch Erdogans Polit-Show am Sonntag hatte nationalistischen Charakter. Sie war nicht förderlich für die Integration. Mich wunderte sehr, dass Claudia Roth so etwas begrüßt.

Warum neigen Türken dazu, sich diskriminiert zu fühlen? Warum glauben viele von ihnen offenbar lieber, beim Ludwigshafener Brand handele es sich um einen Anschlag als um einen Unfall – ohne bis heute Genaueres zu wissen?

Nun, wir müssen selbstkritisch sagen, dass wir nicht dafür gesorgt haben, dass sich türkischstämmige Deutsche überall in der Gesellschaft wiederfinden. Sie müssten in den Parteien, den Medien, an Führungspositionen ebenso vertreten sein wie andere Deutsche auch. Wir haben versäumt zu sagen: „Ihr seid Deutsche wie alle anderen, fühlt Euch willkommen.“ Menschlichkeit, Wärme und Emotionalität fehlten häufig.

Warum soll Integrationspolitik kein Wahlkampfthema sein, obwohl sie die Menschen bewegt?

Bestimmte Grundprinzipien der Integrationspolitik sollten parteiübergreifend erarbeitet und anerkannt werden. Dies ist auch der Kerngedanke des Nationalen Integrationsplans der Bundeskanzlerin.

Brauchen wir türkische Schulen in Deutschland?

Nein, das würde der Integration schaden. Aber wir brauchen Türkisch als anerkanntes und benotetes Schulfach. In nordrhein-westfälischen Hauptschulen kann man zum Beispiel in Zukunft Türkisch als Fremdsprache anstelle von Englisch wählen. Wenn die türkischen Schüler sowohl gut Deutsch als auch gut Türkisch sprechen und schreiben, haben wir viel erreicht. Mit der deutschen Schule in Istanbul ist eine türkische Schule in Deutschland nicht zu vergleichen. Erstere ist eine Eliteschule, auf die bildungsbefähigte türkische Familien ihre Kinder schicken, damit sie zusätzlich Deutsch und andere Fremdsprachen lernen. Auf eine türkische Schule hierzulande würden türkische Schüler gehen, die dann zu wenig Deutsch lernen würden. Das würde sie abermals benachteiligen.



Foto Frank Roth

Wächst in Deutschland die Zahl von Türken, die ihre Antennen zum Bosphorus ausrichten und nicht nach Berlin oder Düsseldorf, die also quasi ferngesteuert werden von Politikern wie Erdogan?

Die Besserqualifizierten richten sich schon jetzt nach Deutschland aus. Sie fühlen sich nicht von Erdogan vertreten, sondern sie engagieren sich hier für ihre Angelegenheiten.

Das Gespräch führte Uta Rasche.

etwa 23 Jahre in Deutschland lebten, antworteten 31 Prozent auf die Sonntagsfrage, dass sie AKP wählen würden. Etwas mehr als 18 Prozent neigten der sozialdemokratischen CHP zu. Gut elf Prozent hätten die konservative DYP und knapp elf Prozent die nationalkonservative MHP gewählt. In der Türkei gibt es allerdings bisher keine Briefwahl; Türken, die an der Wahl teilnehmen wollten, mussten zum Wahltermin in ihren Heimatort reisen. Das will die Regierung Erdogan ändern. (P.S.)

## „Berlin könnte auch dankbar sein“

Unverständnis in der Türkei über die Aufregung in Deutschland / Von Rainer Hermann

ISTANBUL, 12. Februar. Cüneyd Zapsu, ein enger Berater des türkischen Ministerpräsidenten und AKP-Vorsitzenden Erdogan, kann die Aufregung nicht verstehen. Es sei unfair, die gesamte Reise auf einige Dissonanzen zu reduzieren, sagt er. Zapsu (unser Bild) hatte Erdogan auf seiner Reise begleitet. Zwar sei etwa der Vorschlag zur Gründung türkischer Schulen in Deutschland unglücklich gewesen. Aber letztlich könne die Bundesregierung Erdogan sogar dankbar sein, meint Zapsu, der seine Kindheit und Jugend in



München verbracht hatte. Als Empörung und Wut aufflammten, sei Erdogan rechtzeitig in Ludwigshafen gewesen und habe eine Ausweitung dieser Flammen zu einem Lauffeuer verhindert. Nicht wenigen Türken war

Erdogans Ansprache in Ludwigshafen zu mild. Doch Erdogans Botschaft an seine Landsleute sei, sich in die deutsche Gesellschaft zu integrieren, sagt Zapsu.

Zurück in der Türkei hat Erdogan vor der Parlamentarion seiner Partei noch einmal seine Haltung bekräftigt: Die Türken in Deutschland hätten ihren Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung im Land geleistet und dabei ihre Identität bewahren können. „Ich möchte hier noch einmal betonen, dass Assimilierung ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit ist.“

In Berlin hatte sich Erdogan mit Bundeskanzlerin Merkel getroffen, in München mit Ministerpräsident Beckstein, in München wie in Köln mit den Oberbürgermeistern Ude und Schramma. Von allen Begegnungen will Erdogan den Eindruck mitgenommen haben, dass Integration gewollt sei, nicht aber Assimilation – von der er dann in seiner Köln Rede behaupten sollte, sie sei ein Verbrechen an der Menschlichkeit. Unter Assimilation, so interpretiert Zapsu seinen Parteivorsitzenden, verstehe Erdogan, die eigene Herkunft zu vergessen und die Religion aufzugeben. Unter Integration verstehe er, sich in dem Land mit seinen Strukturen einzugliedern, Deutscher zu wer-

Fortsetzung von Seite 1

## Weiter Kritik an Erdogan

Der CSU-Landesgruppenvorsitzende Ramsauer zeigte sich besorgt über die „Mobilisierungsmacht“ Erdogans mitten in Deutschland. Dieser hatte vor gut 16 000 Zuhörern gesprochen. Die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Maria Böhmer (CDU), sagte, ihr gehe es um Integration, nicht um Assimilation. Das müsse „hineingetragen werden in die türkische Bevölkerung“. Mit Bezug auf die Äußerungen vor allem aus der CSU mahnte Frau Böhmer aber: „Wir müssen Klartext miteinander reden, aber in einer unaufgeregten Art und Weise.“ Die Grünen-Vorsitzende Roth kritisierte, die CSU behandle Erdogan „genauso abfällig wie früher südostanatolische Gastarbeiter“.

Unterdessen deutet eine Studie der Universität Würzburg auf Fortschritte bei der Integration türkischstämmiger Jugendlicher hin. 2007 sprachen gut 62 Prozent der Befragten zu Hause auch deutsch, 2005 waren es rund 56 Prozent; in demselben Zeitraum stieg der Anteil junger Türkischstämmiger, zu deren Freunden auch Deutsche zählen, von gut 57 auf etwa 63 Prozent. Es wurden jeweils mehr als 500 Personen befragt.

## STIMMEN DER ANDEREN

## Endlich in Deutschland ankommen

Die Wiener Tageszeitung „Die Presse“ kritisiert Erklärungen des türkischen Ministerpräsidenten Erdogan in Köln, wonach Assimilation „ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ sei:

„Der türkische Premier dürfte da etwas fundamental missverstanden haben. In den vergangenen Jahrzehnten sind in Deutschland und Österreich ganz sicher nicht deshalb Parallelgesellschaften entstanden, weil sich türkische Einwandererfamilien allzu stürmisch angepasst hätten. . . . Niemand verlangt von Türken, dass sie ihre Identität bei der Einreise aufgeben. . . . Warum aber soll es frevelhaft sein, wenn Türken sich mit der Zeit so sehr anpassen, dass ihre Wurzeln verblasen und sie Deutsche oder Österreicher werden, wie das vor ihnen Zehntausenden anderen Einwandererfamilien. . . . passiert ist? Es ist ja erfreulich, dass Erdogan nun den Auslands-Türken empfohlen hat, (besser) Deutsch zu lernen. Doch er hätte ihnen auch raten sollen, endlich in Deutschland anzukommen.“

## Mental zurück in die Türkei

Im „Kölner Stadt-Anzeiger“ lesen wir dazu: „Der machtbewusste Auftritt des türkischen Ministerpräsidenten Erdogan in Köln hat die deutsche Politik kalt erwischt und führt seine Landsleute in Deutschland mental zurück in die Türkei. Nun wird das nicht bei jedem seiner Zuhörer verfangen. . . . Doch die Zahl der Verunsicherten wächst. Deshalb ist Erdogans Attitüde der Fürsorge nur zu geschickt und beeindruckt all jene, die dringend nach identitätsstiftenden Vorbildern suchen, weil sie sich in unserer Gesellschaft ausgegrenzt fühlen. . . .“

## Erdogans Integrationsbeauftragter

Damit, sich um die Integration der in Deutschland lebenden Türken zu kümmern, hat Erdogan in seiner Regierung Staatsminister Mustafa Sait Yazicioglu (unser Bild) beauftragt, einen der stellvertretenden Ministerpräsidenten. Auch in anderen Staaten, zum Beispiel in Griechenland, kümmern sich Ministerien um die Landsleute, die ausgewandert sind. Yazicioglu war als Theologe an der Pariser Sorbonne promoviert worden, danach wurde er von seiner Heimatuniversität Ankara zum Professor berufen. Fünf Jahre stand er in der Ära Özal von 1982 bis 1992 der Religionsbehörde Diyanet vor. Heute arbeitet er eng und offenbar konstruktiv mit der deutschen Integrationsbeauftragten Böhmer zusammen, in der Türkei tut er seine Arbeit unauffällig und ohne populistische Ausfälle. Der Erfolg seiner Arbeit wird auch daran gemessen werden, ob es ihm gelingt, den Graben zwischen dem Diyanet, das sich zunehmend als theologische Institution versteht, und sei-



nem deutschen Ableger DiTib, für den wie in der Vergangenheit noch immer mehr die Politik als die Religion im Vordergrund zu stehen scheint, zu überbrücken. Arbeits-

gruppen, die sich mit den Türken im Ausland beschäftigen, bestehen auch im türkischen Außenministerium, im Diyanet und im Amt des Ministerpräsidenten. Yazicioglu trägt die politische Verantwortung. Personen, die mit ihm zusammenarbeiten, attestieren ihm, kenntnisreich zu sein und vermittelnd. Immer wieder gibt er zu verstehen, dass die Türken im Ausland keine „Fünfte Kolonne“ sein sollten, sondern Bildung erwerben, die Sprache erlernen und Deutsche werden sollten. (Her)

## Aleviten kritisieren Erdogans Rede

Gegen „Werbefeldzug“ des türkischen Regierungschefs

cheh. FRANKFURT, 12. Februar. Die Alevitische Gemeinde Deutschland hat die Äußerungen des türkischen Ministerpräsidenten Erdogan scharf kritisiert. Der Generalsekretär des alevitischen Dachverbandes, Ali Ertan Toprak, warf Erdogan in einer Erklärung der Organisation vom Dienstag vor, einerseits Assimilation als Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu kritisieren, andererseits aber einer Regierung vorzustehen, die selbst „Assimilationspolitik erster Güte“ betreibe. Die Forderung, die Erdogan in Deutschland stelle, solle er zunächst in der Türkei selbst erfüllen. Er solle „in alevitischen Dörfern Schulen statt Moscheen bauen“. „Ethnische Minderheiten in der Türkei haben kein Recht auf Muttersprachenunterricht an staatlichen Schulen, geschweige denn Schulunterricht in ihrer eigenen nichttürkischen Muttersprache“, sagte Toprak. Er kritisierte weiter, dass alevitische Kinder in der Türkei noch immer gezwungen seien, am sunnitisch-islamischen Pflichtunterricht teilzunehmen. „Erdogan versteht unter Religionsfreiheit nur die Freiheit des Kopftuches. Freiheiten für andere Religionen in der Türkei, wie zum Beispiel Christen, scheinen für ihn kein Thema zu sein.“

Die alevitische Gemeinde erteile dem Verlangen Erdogans nach türkischen Schulen und dem Einsatz von Lehrkräften aus der Türkei „eine klare Absage“. Die Aleviten zögen es vor, dass ihre Kinder „in einer Diskussions- und Streitkultur in Deutschland zu mündigen Bürgern erzogen“ würden und „Fähigkeit zur Selbstkritik“ erlernten. Den „nationalistisch-militärischen Drill des türkischen Bildungssystems“ lehnten sie entschieden ab. Toprak äußerte weiter, Erdogans Auftritt in der Köln-Arena, sein „Werbefeldzug“ in Deutschland, sei ein „Vergeschmack auf den Wahlkampf türkischer Parteien auf deutschem Boden“.

Die Aleviten sind in der Türkei nicht als gleichberechtigte Religionsgemeinschaft anerkannt. Von frommen sunnitischen Muslimen werden sie gar als Häretiker bezeichnet, und in den vergangenen Jahrzehnten war es mehrmals zu gewalttätigen Übergriffen durch Fanatiker gekommen. Prominente Vertreter von Minderheiten in der Türkei – etwa der Aleviten oder Armenier – hatten sich nach der Wahl Erdogans zum Ministerpräsidenten zunächst optimistisch geäußert, seine Regierung werde Reformen vorantreiben und ihre Rechte stärken.

## Neues Misstrauen durch Erdogan

In der „Berliner Morgenpost“ heißt es zu dem Thema: „Am Ort der Brandkatastrophe hatte sich Erdogan noch staatsmännisch als Mittler und Mahner vor wohlfeilen wie vorschnellen Schlussfolgerungen aller Art aufgefürt. Warum dann aber die propagandistische Kehrtwende in Köln? Wer die rund 2,4 Millionen Bürger türkischer Abstammung, von denen etwa 150 000 in Berlin leben, vor zu starker Anpassung in die Gesellschaft des Landes ihrer freiwilligen Wahl warnt, wer Assimilierung gar als Verbrechen gegen die Menschlichkeit anprangert, der polemisiert gegen Integration und wirbt für eine bewusste Abkopplung von der Mehrheitsgesellschaft. . . . Die Kölner Rede war zugleich eine gegen einen türkischen EU-Beitritt. Statt Vertrauen hat Erdogans Deutschland-Besuch neues Misstrauen hinterlassen.“

## Integrationsfreundlich klingt anders

Die „Badische Zeitung“ (Freiburg) beurteilt Erdogans Kölner Rede so:

„Die ungesagte Botschaft war nicht zu überhören: Ihr gehört zu uns! Von der deutschen Politik erhofft besser wenig! Integrationsfreundlich klingt anders. Nun braucht sich die hiesige Politik über derlei Untertöne nicht zu wundern. Jahrzehntelange Versäumnisse begeht man selten ungestraft. Aber richtig ist eben auch, dass zuletzt gerade die Volksparteien dazugelernt haben. Die Union hat ihre Lebenslüge entsorgt, wonach Deutschland kein Einwanderungsland sei – früher die Ausrede für Versagen durch Nichthandeln. Die SPD ist aufge wacht aus dem Traum, wonach Multikulti als einzig wahre Daseinsform die Lösung aller Probleme verheißt.“